

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/14

Bonn, den 19. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Die Gegenwart bewältigen - Die Zukunft meistern	107

Von Dr. Georg August Zinn  
Ministerpräsident von Hessen

2a	<u>Jugoslawien...</u>	26
----	-----------------------	----

Pankow nicht zufrieden mit Belgrads relativ  
positiver Beurteilung der neuen Bundesregierung

2a	<u>Gebotene Wachsamkeit</u> Zur Aktivität der KPD	24
----	--	----

3 - 5	<u>Frankreich wählt im März</u>	125
-------	---------------------------------	-----

Das Programm der demokratischen Opposition  
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

6 - 7	<u>Carlo Schmid - Reden im Deutschen Bundestag</u>	67
-------	--	----

Zu einem Buch von Hans-Joachim Daul

Von Fritz Säger, MdB

+ + +

Die Gegenwart bewältigen - Die Zukunft meistern!

Von Dr. Georg August Zinn  
Ministerpräsident von Hessen

Nur selten in der deutschen Nachkriegsgeschichte haben innerpolitische Ereignisse ein so vielfältiges und aufwühlendes Echo in der ganzen Welt gefunden wie die Regierungskrise in Bonn, ihre Lösung durch die Bildung einer Großen Koalition und das Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Der innere Zusammenhang ist nicht zu übersehen.

Die Trümmerfelder in den Städten sind beseitigt. Die Periode, in der alle Anstrengungen dem Wiederaufbau galten, ist ebenso vorbei wie die Zeit, in der den Menschen der Terror der Tyrannei und die Schrecken des Krieges noch unmittelbar im Gedächtnis haften. Der unerwartete rasche wirtschaftliche Aufstieg hat uns seither vor einem Radikalismus aus Mangel und aus Not bewahrt. Doch der brav vor sich hin trotten Wohlstandsgesellschaft droht die Gefahr eines Radikalismus aus Überdruß, der sich gegen den unverhüllten Materialismus, gegen den Mangel an gemeinschaftsbildender Solidarität aufleant. Es ist auch immer deutlicher geworden, daß der wirtschaftliche Aufschwung die Probleme im Bereich der Wirtschaft und der Finanzen zwar zunächst verdeckt, aber nicht gelöst hat. Sie sind schwieriger, als meisthin trotz vieler Warnungen angenommen wurde. Daran ist im Grunde die letzte Bundesregierung gescheitert.

\* \* \*

Das leichte Knistern im Gebälk, die Strukturkrisen in einigen Ländern, der Rückgang in manchen Wirtschaftszweigen haben in bestimmten Schichten unserer Bevölkerung, die sich allzu sehr auf im Grunde undynamische, ja statische Parolen wie "Keine Experimente" oder "Sicherheit für alle" verlassen, einen Pessimismus, eine wenn auch unberechtigte Existenzangst genährt, als ob wir vor einer drohenden Wirtschafts- oder gar einer Staatskrise stünden.

Die politische Integration Europas, von der einst so viele Gutwillige die Überwindung des Nationalismus erhofften, ist nach der Kehrtwendung Frankreichs zunächst in weite Ferne gerückt. Die Lockerung der westlichen Einheit, die miteinander konkurrierenden Interessen, bringen die Bundesrepublik, die von der Geschlossenheit ihrer Partner abhängig ist, und nicht zwischen ihnen wählen kann, weil sie alle braucht, in immer neue Verlegenheit. Das Unbehagen, das sich darob ausgebreitet hat, wird gesteigert durch die bittere Erkenntnis, daß die Integration des freien Deutschland in die westliche Allianz - entgegen allen von den damals Verantwortlichen immer wieder betonten Erwartungen - uns in der Deutschlandfrage kaum einen Schritt weiter gebracht hat. Statt nüchternen Aufklärung hat die offizielle Bundespolitik insoweit Hoffnungen noch genährt, als sie selbst zu einer anderen Einsicht gekommen war oder hätte kommen müssen. Doch das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Gerade deshalb ist aber, um ein Wort von Bundeskanzler Dr. Kiesinger zu gebrauchen, ein "Neu- oder Umdenken" erforderlich.

\* \* \*

Dazu gehört eine Erkenntnis. Ein Rückfall in den Nationalismus vergangener Zeiten würde unser Volk in eine geradezu hoffnungslose moralische und politische Isolierung führen. Der Glaube nicht nur unseres Volkes, sondern auch der Glaube anderer Völker, zu einer bestimmten geschichtlichen Mission gegenüber anderen Nationen berufen zu sein, hat seither die Menschheit nur in Unheil gestürzt. An die Stelle dieses

nationalen Mythos muß trotz aller menschlichen Unvollkommenheit die Überzeugung von der Notwendigkeit der Solidarität der freien Nationen treten, so wie auch eine demokratische Gesellschaft nicht ohne innere Solidarität zu einer nationalen Gemeinschaft zu werden vermag.

Unser nationales Ziel muß sein, einen jeden noch in den Vorstellungen der Vergangenheit Befangenen für die demokratische Lebensform zu gewinnen.

\* \* \*

Unsere nationale Aufgabe ist es, die natürlichen wohlverstandenen Interessen unseres Volkes mit Nachdruck selbst zu vertreten und uns nicht allein auf das Wohlwollen der ehemaligen Siegermächte und gegenwärtigen Bundesgenossen zu verlassen, das sich oft nur in Diklamationen zu erschöpfen scheint. Weder die Gewöhnung an die angebliche Zwangsläufigkeit unserer deutschen Außen- und Deutschlandpolitik während des ersten Nachkriegsjahrzehnts noch die heutige Enge ihres Spielraumes dürfen uns zur Passivität in Lebensfragen unseres Volkes verleiten.

Über allem aber steht die nationale Pflicht, das drohende weitere Auseinanderleben unseres Volkes in einem gespaltenen Deutschland mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

Ich habe dabei von "nationalen" Aufgaben und Pflichten gesprochen, obwohl der Ausdruck "national" ins Zweifelhafte geraten ist. Es ist nicht nur sprachlich, sondern auch begrifflich die Wurzel von "Nationalismus" und erinnert daran, daß die fahnenumwehte Sentimentalität so vieler deutscher Mitbürger für eine Machtpolitik mißbraucht worden ist, die unser Volk an den Rand des Abgrundes geführt hat.

Wer national denkt und handelt, darf sein Volk nicht als Werkzeug einer Politik mißbrauchen, sondern in der Politik nur ein Mittel für den Bestand, die Zukunft und die Wohlfahrt der Nation sehen.

Damit wird am ehesten die Gefahr einer nationalistischen Restauration gebannt, die etwa noch schlummernde dumpfe Ressentiments vergangener Zeiten zu neuem Leben zu erwecken versucht.

Der heutige Staat ist eine militante Demokratie. Er ist imstande, den Mißbrauch der demokratischen Staatsform zur antidemokratischen Konspiration zu verhindern. Doch wichtiger ist es, solchen Versuchen den Nährboden zu entziehen.

\* \* \*

Es geht jetzt nicht so sehr mehr um die Bewältigung der Vergangenheit, sondern darum, die Gegenwart zu bewältigen und die Zukunft zu meistern.

Manche Vorgänge der jüngsten Epoche haben in der Bundesrepublik zu einem Autoritätsverfall bedenklichen Ausmaßes geführt. Politische Teilnahmslosigkeit, Staatsenthaltung bei gleichzeitiger Machtanbetung kann die Folge sein.

Die Jugend verlangt darüber hinaus nach Wegweisung und Vorbild. Hier hat unser Land, hier haben wir alle eine Aufgabe jenseits der Pflichten des nüchternen Alltags; eine Aufgabe, die in den geistigen, den menschlich-seelischen Bereich führt. Deshalb ist es so wichtig, daß Toleranz, Freiheit und menschliche Solidarität nicht zu wohlklingenden Phrasen aus festlichem Anlaß erniedrigt werden, deshalb ist es so bedeutsam zu handeln, wo andere reden.

Wir müssen draußen im Lande das aufmerksam verstehende Erfassen wecken, daß nur eine Ordnung in Freiheit, Duldsamkeit und Demokratie, nicht aber die Anbetung der Macht zu der gewiß nicht leichten und oft schmerzhaften Selbstbefreiung des Menschen führt.

Unsere Jugend braucht ein Weltbild, in dem die Demokratie zugleich als ein gesundes nationales Selbstverständnis empfunden wird. Dann findet man bei ihr auch Gehör mit der Mahnung, die John F. Kennedy einmal an die Jugend Amerikas gerichtet hat: "Fragt nicht immer, was der Staat für euch tut; fragt, was ihr für den Staat tun könnt."

Jugoslawien...

sp - Von allen kommunistisch regierten Staaten hat die Presse Jugoslawiens den Besuch von Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt in Paris und die dort erzielten Ergebnisse am positivsten beurteilt. Die über außenpolitische Probleme stets gut unterrichtete Belgrader Zeitung POLITIKA ließ erkennen, daß die neue Bundesregierung bei ihren Bemühungen zur Entkrampfung des Ost-West-Verhältnisses in Europa einen gewissen Kredit verdiene. Wie aus Belgrad zu erfahren war, hat daraufhin die ostzonale Botschaft den jugoslawischen Außenminister wissen lassen, man sei in Pankow gar nicht sehr erfreut über diese "durch Nichts gerechtfertigte positive Einstellung" des Belgrader Blattes. Offizielle Stellen in Belgrad haben ihrerseits der Vertretung Pankows zu verstehen gegeben, Jugoslawien sei ein souveräner Staat und die Herren in Pankow mögen sich doch gefälligst um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. - Sicher wird dieser kleine Zwischenakt in den Beziehungen zwischen Belgrad und Pankow die bisher recht gute Zusammenarbeit nicht trüben. Aber doch läßt der Vorgang erkennen, wie unterschiedlich auch in kommunistisch regierten Staaten die von der neuen Bundesregierung ernsthaft angestrebte Verbesserung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten beurteilt wird. Eierlei ist es ganz uninteressant, ob die eine oder andere der kommunistischen Regierungen mit ihrer differenzierten Haltung gegenüber Bonn bestimmte Ziele verfolgt. Entscheidend und durchaus im Interesse der Bundesrepublik liegend, ist die Tatsache daß auch in einigen Ostblockländern zunehmend die Bereitschaft festgestellt werden kann, den ehrlichen Friedenswillen des deutschen Volkes anzuerkennen.

+ + +

Gebotene Wachsamkeit

sp - Es wäre verfehlt, in den Wählern und Anhängern der NPD nur unverbesserliche Ehemalige zu sehen. Diese Partei versucht zum Sammelpunkt der Unzufriedenen zu werden, und die Unzufriedenheit nährt sich aus vielen Bereichen. Es besteht ein nicht zu verkennender Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und dem Wachstum dieser politischen Gruppe. Ein Blick auf den Anfang der 30iger Jahre lehrt, daß Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit den späteren Verderber Deutschlands die Massen zutrieben. Die bedrängten Mittelschichten erwiesen sich als besonders anfällig; sie setzten ihre Hoffnungen auf eine die Demokratie verleugnende und sie bekämpfende extreme Partei, weil die demokratischen Parteien mit den damaligen Schwierigkeiten nicht fertig wurden. Die heutigen demokratischen Parteien haben aus geschichtlichen Erfahrungen gelernt; die Große Koalition ist nicht zuletzt deshalb entstanden, um den Nährboden wieder trocken zu legen, auf denen die Sumpfpflanzen eines verschwommenen Nationalismus gedeihen. Die Wahlerfolge der NPD in Hessen und Bayern waren Alarmzeichen. Sie blieben nicht unbeachtet. Besser als alle Verbote ist eine Politik, die Stabilität sichert, das Wachstum fördert und damit den Menschen die Unsicherheit über ihren Arbeitsplatz nimmt. Zufriedene Menschen nehmen nicht Zuflucht zu extremen Parteien. Allein aus diesem Grunde sind alle Maßnahmen als gebotene Wachsamkeit gerechtfertigt, die auf die Wiederherstellung des Vertrauens zu einer ihres Weges sicheren Regierung hincielen.

+ + +

## Frankreich wählt im März

### Das Programm der demokratischen Opposition

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das folgende Wahl- und Regierungsprogramm der demokratischen Linksföderation wird in wesentlichen Punkten in Frankreich auch von anderen oppositionellen Parteien gebilligt, sowohl von weiter links stehenden Gruppen, als auch von der konservativen Opposition. Es könnte somit zur Plattform einer Koalitionsregierung "nach de Gaulle" werden.

In der Einleitung heißt es, es handle sich hier um ein Regierungsprogramm mit konkreten Maßnahmen, die "kurzfristig" zu verwirklichen seien.

### Verfassungsreform

Die Linksoption verzichtet jetzt auf Einberufung einer konstituierenden Versammlung und Ausarbeitung einer neuen Staatsverfassung. Sie beschränkt sich auf die Reform einiger wichtiger Artikel der gegenwärtigen Verfassung. Es soll selbstverständlich der Diktaturparagraph 16 abgeschafft werden. Eine Reihe von anderen Bestimmungen der gegenwärtigen Verfassung sollen jedoch nur abgeändert werden, insbesondere die von de Gaulle eingeführte Möglichkeit einer Verfassungsreform durch Volksentscheid (Artikel 89).

Die Regierungstabilität soll durch einen Kontrakt zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit für die jeweilige Legislaturperiode gewährleistet sein. Im Falle einer Regierungskrise sollen Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die Debatte zwischen Anhängern und Gegnern eines echten Präsidentsystems nach amerikanischem Beispiel, ist in dem vorliegenden Programm nicht entschieden. Die Rechte der Gewerkschaften sollen jedenfalls garantiert und erweitert werden.

### Bürgerrechte

Die Opposition verlangt verstärkte Unabhängigkeit der Richter, die Auflösung des von de Gaulle geschaffenen Staatssicherheitshofes, ein neues Statut für das französische Fernsehen, das in Zukunft von staatlichem Einfluß weitgehend freibleiben soll und in objektiver Weise informieren soll. Alle diese Forderungen werden übrigens auch von der konservativen Opposition in Frankreich unterstützt.

Die demokratische Linksoption fordert die Wiederherstellung der vollen Gewerkschaftsrechte, die Abschaffung der 1964 verfüigten Einschränkung des Streikrechtes, betriebliche Mitbestimmung der Gewerkschaften, Erhöhung des Lebensniveaus, demokratische Politik in den noch verbleibenden französischen Überseegebieten (gemeint sind insbesondere die Antillen und die Inselwelt um Tahiti).

### Außenpolitik

Dieses wichtige Kapitel würde in drei verschiedenen Abschnitten dargestellt: Festigung des Friedens, Errichtung eines "Europa der Völker", Öffnung zur "Dritten Welt".

Frankreich soll in Zukunft die Vereinten Nationen nicht mehr boykottieren und an der Genfer Abrüstungskonferenz teilnehmen. Die Militärausgaben sollen das Niveau von 1965 nicht überschreiten. Die Atomindustrie soll schrittweise auf friedliche Zwecke umgestellt werden. Die Atomversuche sollen eingestellt werden. Festigung des Friedens durch "Koexistenz" in Asien, Lateinamerika und Europa. Zu diesem Zweck verlangt die französische Opposition den "Abschluß eines paneuropäischen kollektiven Sicherheitspaktes, der mit den existierenden Paktsystemen vereinbar ist". Die Lösung des deutschen Problems soll "auf dem Wege einer konföderativen Organisation" erfolgen. Mehr wurde dazu nicht gesagt.

Besondere Konferenzen zur Regelung bestimmter Streitfragen und eine Weltkonferenz zur Festigung der friedlichen Koexistenz sind vorgesehen.

Zur Errichtung eines "Europa der Völker" soll Frankreich für folgende Schritte eintreten: die Direktwahl einer Europäischen Versammlung, die rasche Verwirklichung einer Gemeinsamen Exekutive der verschiedenen europäischen Gemeinschaften auf den Gebieten des Gesundheitswesens, des Verkehrswesens, der wissenschaftlichen Forschung, der regionalen Entwicklung, der Harmonisierung der nationalen Planungen, schließlich eine Erweiterung der europäischen Gemeinschaft durch Beitritt Großbritanniens und seiner Partner der Freihandelszone (EFTA).

Besondere Bedeutung hat das ausdrückliche Bekenntnis der demokratischen Linksoption zum Atlantikpakt: Hierzu heißt es wörtlich im Programm der Linksföderation:

- \* "Die seit 1949 erfolgten Änderungen in der Lage der Atlantik-
- \* paktländer erforderten gewiß im Interesse selbst des Paktes, eine
- \* grundlegende Reorganisation. Eine Linksinregierung hätte mit
- \* den 14 Atlantikpartnern Verhandlungen einzuleiten, um die Ver-
- \* antwortung jedes einzelnen aufgrund der für die nächsten Jahre
- \* zu erwartenden Situationen ins richtige Gleichgewicht zu brin-
- \* gen. Da Frankreich nun die NATO verlassen hat, sind die Chancen
- \* einer wirklichen friedlichen Koexistenz nunmehr festzustellen,
- \* um die Breite und Tragweite der Militärverträge zu bestimmen,
- \* durch welche die atlantischen Verbündeten miteinander verbunden
- \* werden.

### Verteidigungspolitik

Die vereinigte Linke fordert den sofortigen Verzicht auf die französische Atomwaffe, Umstellung auf friedliche Atomproduktion, Herabsetzung der Militärdienstzeit, Abstimmung des Verteidigungsbudgets auf das tatsächliche Nationaleinkommen, weitere Nationalisierung der Rüstungsindustrien.

### Wirtschaft und Finanzen

Verlangt werden demokratische Planung, Wiederaufnahme der Investitionen. Den EWG-Partnern sollen bestimmte Richtlinien bezüglich ausländischer und insbesondere amerikanischer Investitionen vorge-schlagen werden, nach welchen ausländische Unternehmen in die Volkswirtschaft des Gastlandes eingegliedert und voll in den Dienst des wirtschaftlichen Fortschrittes gestellt werden. Vorgesehen sind ferner eine Steuerreform, Schutz des kleinen Eigentums, Nationalisierung der Handelsbanken, Schaffung einer Nationalbank für Investitionen.

### Sozialreform

Die französische Linksoption verlangt die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaftsorganisationen in den einzelnen Betrieben, Entwicklung des Gesundheitswesens, verstärkten sozialen Wohnungsbau (600 000 Wohnungen jährlich), Geburtenkontrolle, volle Weiterzahlung der Löhne bei Arbeitsunterbrechung durch Mutterschaft, volle Anwendung des Grundsatzes "für gleiche Arbeit gleicher Lohn", Entwicklung der Mütter- und Kinderbetreuungsstellen, völlige gesetzliche Gleichstellung der Frau durch Reform des jetzt noch in Frankreich geltenden Ehegesetzes, Herabsetzung des Pensionsalters, wirksame Hilfe für die besonders schlecht gestellten Schichten, wie Kriegsversehrte und Heimkehrer, Entschädigung für die aus Algerien vertriebenen Franzosen.

### Volkbildung und Schulwesen

Sofortiger Bau einer größeren Anzahl von Schulen und Kindergärten, verbesserte Lehrerausbildung, Stipendien, Mitbestimmung der Studenten in der Verwaltung einer Reihe von studentischen Einrichtungen.

Modernisierung und Demokratisierung des Schulwesens. Schrittweise Erhöhung der Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr. Modernisierung der gesamten Unterrichtsmethoden. Förderung der wissenschaftlichen und technischen Forschung durch höhere Kredite und Mittel. Fortschrittliche Jugenderziehung, Wahlrecht ab dem 18. Lebensjahr.

Drei Parteien stehen hinter diesem Programm: Sozialisten, Radikale und Widerstandsdemokraten, vereinigt in der Demokratischen Linksföderation. Die Föderation hofft jedoch, daß die anderen politischen Parteien "die Grundsätze, Ziele und Wege", die hier aufgezeichnet sind, akzeptieren.

Zur französischen Außenpolitik heißt es im Vorwort, Friedenswille sei gleichbedeutend damit, daß man "mit einem Nationalismus brechen muß, der unser Land isoliert". Frankreich soll sich für eine Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen und vor allem für die Schaffung einer "Föderation der Vereinigten Staaten Europas" einsetzen. Dies sei "die einzige Chance, das Erbe der Zivilisation zu bewahren und die Zukunft der Nationen des alten Kontinents zu bauen". Frankreich könne "die Rolle einer großen friedlichen Nation spielen, ohne sich von den Allianzen zu trennen, auf welchen seine Sicherheit beruht". Solange die friedliche Koexistenz nicht gewährleistet sei, beruhe Frankreichs Sicherheit weiterhin "auf einem Netz von Freundschaften und Allianzen, das ausgedehnt, gestärkt und dem gegenwärtigen Kräftegleichgewicht angepaßt" werden müsse.

Carlo Schmid - Reden im Deutschen Bundestag

Von Fritz Sänger, MdB

\* Carlo Schmid, Bundestagsreden, herausgegeben \*  
\* von Hans-Joachim Paul, AZ-Studio, Bonn 1966, 339 S. \*

Dieser Politiker Carlo Schmid, ordentlicher Professor, Jurist, Gelehrter, ist kein Parteimann im engen Wortsinn. Sein Denken und Handeln und so auch seine Reden werden von einem gesicherten Standort aus gehalten, eben dem in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von dorthin streben sie dem Ganzen zu, der Nation zuerst, Europa, der Idee der menschlicher Verbundenheit und ihrer Verwirklichung. Die Reden, die dieser Mann in den überschaubaren Jahren seit Kriegsende gehalten hat, sind deshalb Beiträge zur Geschichte Deutschlands, zur Entwicklung Europas und zum Frieden in der Welt.

Die Reden im Bundestag, die in dem schmalen Band vor uns liegen, der aus Anlaß des 70. Geburtstages des rüstigen Vorkämpfers demokratischer Wirklichkeit herausgegeben wurde, waren an das Ereignis gebunden, zu dessen Erläuterung oder Kommentierung sie gehalten wurden. Man wird keine einzige finden, in der nicht zugleich ein Beitrag zur politischen Bildung gegeben wurde. Dies eben ist Carlo Schmid's Tun: zu bilden, anzuregen, immer wieder und immer neu beleuchtet das Bild dessen zu zeichnen, das wir werden sollten, als Menschen, als Angehörige eines Volkes, als Zeitgenossen in der gegenwärtigen Umwelt.

Carlo Schmid spricht zur Verfassung der Menschen, wenn er von der Verfassung des Staates redet. Ein geschriebenes Grundgesetz bleibt eine Fabel, wenn es nicht mit dem wahrhaftigen Leben des Alltags erfüllt wird, in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, in allen Handlungen der Bürger des Staates untereinander und auch gegeneinander.

Die geistige und moralische Bereitschaft eines Volkes, sich sein Schicksal in eigener Verantwortung selbst zu formen, bedarf aber auch des technischen Könnens, also der Handhabung der prakti-



schen politischen Möglichkeiten, die sich für dieses große und großartige Vorhaben des Lebens in Selbstbestimmung bieten. Dafür muß es reif sein, frei vom Untertanengeist, frei von Obrigkeitsgläubigkeit, kritisch zu allem was geschieht und verantwortungswillig für das, was geschehen muß.

Genau dies ist dieses Redners beständiger Glaube, daß parlamentarische, politische Arbeit, daß Gespräch und Reden, Diskussionen und stille Lektüre helfen, ein mit lastender Tradition beschwertes Volk, wie es die Deutschen sind, in die Freiheit der persönlichen Souveränität zu führen. Die Bürde des einzelnen und die Hoffnung vieler auf menschliche Würde sind die Gegenwart und die Gegenstände der Arbeit dieses Sozialdemokraten. - der sie nicht leisten könnte, wäre er nicht in der Solidarität der Hoffenden und Drängenden.

Es war eine gute Umgebung, die Reden Carlo Schmid's, die er im Deutschen Bundestag gehalten hat, zu sammeln. Fritz Erler hat ihnen ein Vorwort vorangestellt und sie insgesamt als "ein Stück Zeitgeschichte" bezeichnet. Von der Stellungnahme zum ersten Regierungsprogramm (29. September 1949), zu den Besetzungsproblemen und zu den ersten Schritten auf ein vereinigtes Europa hin, behandeln diese Reden die Auseinandersetzungen um den weitanschaulichen Frieden (Reichskonkordat), die Diskussion um den Antisemitismus, die Kulturpolitik, das Thema der atomaren Bewaffnung, die Bundeskompetenzen, also Innen- und Außenpolitik, das weite Feld unmittelbaren politischen Wirkens.

Lie in dem Buche abgedruckten Reden sind den stenographischen Berichten des Deutschen Bundestages ungekürzt entnommen. Alle Zwischenrufe sind beibehalten worden und damit auch die spontan folgenden Antworten. Deshalb wird das universelle Denken und das stets in gleicher Richtung verlaufende Wollen des Sprechers besonders deutlich sichtbar. Im Bundestag wird nicht "vorgetragen" (es sollte nicht vorgetragen werden). Dort wird zur Formung des Lebens im Alltag gerungen, gestritten, polemisiert und doch - nehmt alles nur in allem - konstruktiv aufgebaut. Der hochfliegende Geist regt an; der nüchternere Sinn zieht die Grenzen; der kluge Gedanke nutzt die Möglichkeiten und der politische Wille drängt voran. Hier hat Carlo Schmid sein Arbeitsfeld, das ihm, seinen Gaben, seiner Bildung, seinem Ethos gemäß ist. Wir alle haben den Nutzen davon.